

Landtag beschließt über Fusionen: Föritztal geht ans Netz

Der Thüringer Landtag hat den freiwilligen Zusammenschluss der Gemeinden Föritz, Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz zu Föritztal am Donnerstag in seiner Plenumsitzung endgültig abgesegnet.

Von Cindy Heinkel

Sonneberg/Erfurt – Nach einer schier endlos scheinenden, teils hitzigen Schlussdebatte wurde am Donnerstag das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 beschlossen. Ausführlich befassten sich die Abgeordneten mit dem Für und Wider des Gesetzentwurfes von Rot-Rot-Grün, der insgesamt 13 Neugliederungen und 49 Kommunen im Freistaat betrifft. Unter ihnen auch Föritz, Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz, die nun zu Föritztal fusionieren.

Die Debatte bedeutete ein letztes Mal Anspannung für die beteiligten Akteure – eine kleine Delegation zukünftiger Föritztaler hatte mit Landrätin Christine Zitzmann (pl.) auf den Zuschauerhängen Platz genommen. Andreas Meusel (CDU), Bürgermeister von Neuhaus-Schierschnitz, zeigte sich nach der Beschlussfassung erleichtert: „Schließlich haben wir mehr als vier Jahre mit allen emotionalen Hochs und Tiefs auf diesen Punkt hingearbeitet.“ Nun wird auf die Veröffentlichung des Gesetzes ge-

wartet, offizieller Arbeitsbeginn der neuen Verwaltungseinheit ist der 1. Juli. Differenziert zum Gesetzentwurf äußerte sich die CDU-Fraktion: „Wir sind nicht gegen freiwillige Fusionen, sondern melden in konkreten Einzelfällen rechtliche Bedenken an“, sagte Wolfgang Fiedler, innenpolitischer Sprecher. Unklar sei, auf welches konkrete Leitbild sich die Neugliederung beziehe. Diese Schwachstelle sehe auch der Thüringer Städte- und Gemeindebund.

Weiterhin kritisierte Fiedler im Namen der CDU, „dass der Gesetzentwurf die bis Anfang April 2018 geltende Kommunalordnung nicht berücksichtigt hat“. Nicht zu vernachlässigen sei, wie sich infolge des Anhörungsverfahrens das Landesverwaltungsamt positioniert habe. Im Falle der Föritztal-Fusion etwa sei die Neugliederung ausdrücklich nicht befürwortet worden, da nach Paragraph 13 kein Grundzentrum ausgewiesen sei.

Im Abstimmungsverhalten der Christdemokraten spiegelte sich deren Zurückhaltung wider. Die Sonneberger CDU-Landtagsabgeordnete Beate Meißner befürwortete zwar Föritztal in der Einzelabstimmung, enthielt sich aber wie alle Parteikollegen, als es um das Votum für das gesamte Gesetzespaket ging.

Frank Kuschel (Die Linke) verteilte in Sachen Gebietsreform gleich mehrere Spitzen in Richtung Sonneberg und Vorgängerregierung: Die Union habe im Jahr 2013 ein raumordnerisches und landesplanerisches Chaos im Landkreis verursacht. „Sie haben das Oberland nach Sonneberg eingemeinden lassen und damit das Unter-

land zurück gelassen sowie Steinach als Enklave und Sie haben Frankenblick gebildet mit Schalkau als Enklave, wo wir noch nicht wissen, wo es hin läuft. Das wird uns noch über Jahre beschäftigen. Zum Schluss müssen wir das alles bezahlen.“

Zudem habe die CDU in Judenbach einen Antrag auf ein Bürgerbegehren für eine Bürgerbefragung initiiert während des Anhörungs-Zeitraums. Rund fünf Prozent der Judenbacher, 128 nämlich, hätten sich kritisch zum Gesetzentwurf geäußert. Die Bürger seien von außen aufgewiegelt worden, behauptete Kuschel. Einen konkreten Beleg für diesen Kommentar blieb Frank Kuschel nach dem Einwand von Beate Meißner allerdings schuldig.

Kuschel kündigte bereits das zweite Neugliederungsgesetz an und betonte: „Das ist nicht das Ende der Reform, sondern nur ein weiterer Schritt. Wir werden sie nicht mit dieser Legislaturperiode beenden.“ Es bleibe auch nach 2020 Aufgabe von Rot-Rot-Grün sich mit leistungsfähigen Strukturen zu beschäftigen.

Dirk Adams, Fraktionsvorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ging in seinen Ausführungen auf das Judenbacher Bürgerbegehren ein. Mit den Argumenten habe man sich Anfang der Woche auseinander gesetzt und nach Prüfung beschlossen, das Gesetz nicht anzuhalten. Demnach sind die drei wesentlichen Kritikpunkte der Fusionsgegner für Adams nicht stichhaltig genug. Die fehlende Straßenverbindung sehe er ebenso wenig als

Problem wie die Ängste, dass die Judenbacher Kinder womöglich nicht mehr wohnortnah beschult werden könnten. Die blockierten Entwicklungschancen für Sonneberg seien durch den vereinbarten Flächentausch mit Föritz ebenso obsolet. Ausgespart blieb generell der Fakt, wie nun weiter mit einer möglichen Bürgerbefragung und Ergebnissen daraus umgegangen wird.

Adams nahm das Beispiel Föritztal her, um den klassischen Leitbild-Konflikt von Rot-Rot-Grün aufzuzeigen: Auf der einen Seite drei fusionswillige Gemeinden in besonderer Lage in der Grenzregion und zur bayerischen Landesgrenze. Auf der anderen Seite in unmittelbarer Nähe ein Zentrum wie Sonneberg, das sich weiterentwickeln will. Staatssekretär Uwe Höhn (SPD) sei es zu verdanken, die schwierige Situation mit lange verhärteten Positionen gemeistert zu haben, indem er mit Vertretern der beiden konkurrierenden Kommunen einen Ausgleich gefunden habe.

Höhn war es, der die „lieben Föritztaler“ auf den Rängen begrüßte. Ihr Beispiel nannte er exemplarisch, um den vorherigen CDU- und AfD-Anwurf, die Kommunen würden nur des Geldes wegen fusionieren, zu entkräften: „Die Föritztaler hätten das nicht nötig. Sie machen das, weil sie an die Zukunft denken, weil sie eine Perspektive für ihre Region, für den ländlichen Raum auch im Umfeld eines Mittelzentrums sehen und nicht nur soweit denken, wie der Schatten ihres Kirchturmes fällt.“ Die Fusion und strukturelle Straffung trage der demografischen Entwicklung Rechnung.